

Erfolgreiche Initiative des SPD Ortsvereins Brühl-Beurbarung Wiederherstellung der Beschriftung „Zone 30“

Wir wurden erneut im Straßenverkehr aktiv: Im Rahmen einer Sanierungsmaßnahme wurde am Beginn der Kaiserstuhlstraße, kurz nach der Einmündung aus der Waldkircher Straße, die Markierung für die Tempo-30 Zone überdeckt. Nachdem die Sanierung durchgeführt worden war, blieb diese fehlerhafte Markierung allerdings für längere Zeit bestehen.

Nach dem Hinweis an das Garten- und Tiefbauamt wurde die Markierung im Rahmen weiterer Markierungsarbeiten im Stadtteil wieder aufgebracht. Die Situation bleibt auf Grund des hohen Verkehrsaufkommens, der häufig nicht angepassten Geschwindigkeit und des damit verbundenen Verkehrslärms aus unserer Sicht weiterhin unbefriedigend und bedarf einer weiteren Verbesserung.



Ob eine deutlichere Beschilderung für den LKW-Verkehr zur Vermeidung von Fehlfahrten vorgesehen ist, wurde uns bisher noch nicht mitgeteilt.

Wenn auch Sie gefährliche Verkehrsbereiche in unserem Stadtteil kennen, dann können Sie sich gerne an uns wenden, um zu einer Lösung zu kommen.

**Wir unterstützen Sie dabei!
Wenden Sie sich an:
Cornelia Felber
0761 / 510 93 00**

Die Geschäfte in Brühl-Beurbarung bieten ein vielfältiges Angebot und tragen auch zur Lebendigkeit unseres Stadtteils bei.

Unterstützen Sie diese Betriebe durch Ihren Einkauf!

Ihre SPD Brühl-Beurbarung

Entspannung
Innere Ruhe
Gelassenheit
Ausgeglichenheit
Harmonische Beziehungen
durch

MEDITATION



www.meditation-freiburg.de
Mamaki-Zentrum für Kadampa-Buddhismus e.V.
Emmendinger Str. 23 | 79106 Freiburg | Tel. 0761 - 137 99 62 | info@meditation-freiburg.de

Fortsetzung von Seite 15: ... durch das Handeln der Bundeskanzlerin keine Rolle spielen. Konkret ist die Bundesregierung aus zwei Gründen zu kritisieren. Zum einen hat sie es versäumt, vor der Abstimmung in der UN-Vollversammlung eine einheitliche Haltung der EU-Mitgliedsstaaten herbeizuführen. Dadurch zeigte sich die EU in der UN tief gespalten, weil einzelne Länder für oder gegen den Antrag

stimmten, oder sich, wie die Bundesrepublik, der Stimme enthielten. Zum anderen ist die Bundesregierung dafür zu kritisieren, dass sie es bei aller berechtigten Unterstützung für Israel unterlassen hat, bei der Regierung Netanjahu auf eine Abkehr von ihrer völkerrechtswidrigen Siedlungspolitik zu drängen.

Jürgen Zinnel/Alexander Bangert ■

AUS DEM LANDTAG

Gute Arbeit und gute Wirtschaft

Endlich ist es soweit – kurz und knapp gilt für das neue Tarifreugesetz: „Ja zum Handwerk – Nein zu Lohndumping“.

Die SPD hat versprochen, Baden-Württemberg zum Musterland für gute Arbeit und gute Wirtschaft zu machen. Das neue Gesetz ist ein wichtiger Baustein dazu. Zukünftig müssen sich die Stadt Freiburg und die städtischen Unternehmen daran halten, dass nur Firmen Aufträge bekommen, in denen tarifvertraglicher Lohn gezahlt

wird. Branchen für die kein Tarifvertrag gilt, müssen einen Stundenlohn von 8,50 Euro einhalten. Mit dem Gesetzentwurf aus dem SPD-geführten Wirtschaftsministerium werden Wettbe-



Gabi Rolland (48), SPD-Landtagsabgeordnete seit 2011, ist von Beruf Diplom-Verwaltungswirtin (FH). Im Landratsamt Emmendingen war sie von 1987-2001 zunächst Sachbearbeiterin im Amt für Umweltschutz (Wasser-, Boden-, Immissions- und Naturschutzrecht) und von 2001 bis 2011 Beauftragte für Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Europaangelegenheiten. Im Juli 2011 schied sie nach vierzehnjähriger Zugehörigkeit aus dem Freiburger Gemeinderat aus, um sich voll auf ihr Landtagsmandat zu konzentrieren.

werbsverzerrungen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen unterbunden. Oft werden öffentliche Auftraggeber gezwungen, das billigste Angebot anzunehmen, das viel zu oft mit Dumpinglöhnen kalkuliert. Das führt zu Wettbewerbsverzerrungen auf den Rücken der Beschäftigten. Das schadet den Unternehmen, die ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Tariflöhne zahlen. Vor allem die handwerklichen Betriebe und kleine und mittlere Unternehmen werden damit fairer behandelt als früher. Damit haben alle Unternehmen die gleichen Voraussetzungen, um sich für einen öffentlichen Auftrag zu

bewerben.

Dieses neue Tarifreugesetz ist SPD-Politik pur! Schritt für Schritt schaffen wir Zukunft in Baden-Württemberg. ■